



Demokratiebildung in Europa

Eine vergleichende Analyse



Kofinanziert von der
Europäischen Union



VAL-YOU
Education for democratic citizenship



Inhalt

Einleitung	1
Grundprinzipien, Werte und Ziele der Demokratiebildung	3
Demokratiebildung in den ausgewählten Ländern	3
Europäische und internationale Rahmenbedingungen für die Demokratiebildung	6
Integration der Demokratie-bildung in nationale Kontexte.....	8
Einbettung von Demokratiebildung und europäischen Werten.....	8
Integration von Demokratie-bildung und europäischen Werten in konkrete Schulfächer	10
Demokratiebildung im Lehrplan	12
Aktive Einbindung der Schüler und Schülerinnen	17
Einblicke in die Projektländer	17
Evaluierung von Demokratiebildung	20
Lehrerbildung und Ressourcen.....	21
Lehrerbildung	21
Bildungsressourcen für die Demokratiebildung	22
Initiativen zur Stärkung der Demokratiebildung.....	23
Die Komplexität der Demokratiebildung meistern	24
Fazit	29

Einleitung

Demokratie ist mehr als ein politisches System – sie beschreibt auch die Art, wie wir an der Gesellschaft teilhaben und gründet auf Partizipation, Dialog sowie Respekt für Vielfalt. Als einer der europäischen Grundwerte ist Demokratie untrennbar mit Menschenwürde, Freiheit, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit verbunden.

In einer Zeit zunehmender politischer Polarisierung, der Verbreitung von Falschinformationen und der Infragestellung demokratischer Normen sind Demokratiebildung und Politische Bildung wichtiger denn je. Sie vermitteln den Menschen das Wissen und die Fähigkeiten, sich in komplexen politischen Landschaften zurechtzufinden, Informationen kritisch zu bewerten und sich aktiv am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Darüber hinaus fördern sie den sozialen Zusammenhalt, indem sie gegenseitiges Verständnis, Respekt und ein gemeinsames Bekenntnis zu Grundrechten und -werten fördern.

Demokratiebildung ist als wichtiger Bestandteil nationaler Bildungssysteme in ganz Europa anerkannt, wenn auch mit unterschiedlicher Gewichtung und Umsetzung.

Länder wie Deutschland und Österreich zeigen – bedingt durch historische Erfahrungen – ein starkes Engagement für die Verankerung demokratischer Werte in ihren Lehrplänen und die Förderung der aktiven Beteiligung von Schüler:innen durch verschiedene Initiativen und institutionelle Unterstützung. Griechenland mit seiner historischen Verbindung zur Demokratie legt seit jeher großen Wert auf bürgerschaftliches Engagement und Menschenrechte. Im Gegensatz dazu erkennen Italien und Spanien zwar die Bedeutung der Demokratiebildung an, stehen jedoch vor Herausforderungen bei der Gewährleistung einer einheitlichen und gründlichen Umsetzung in allen

Institutionen, was zum Teil auf die regionale Autonomie in Spanien und die unterschiedlichen Prioritäten der Schulen in Italien zurückzuführen ist. Die Niederlande sind zwar gesetzlich verpflichtet, demokratische Werte zu fördern, doch aufgrund der Flexibilität, die den Schulen bei der Gestaltung ihrer Programme eingeräumt wird, gibt es auch hier Unterschiede in der Umsetzung.

„Demokratie kann nur dann erfolgreich sein, wenn diejenigen, die ihre Wahl treffen, bereit sind, eine kluge Entscheidung zu treffen. Der eigentliche Garant für Demokratie ist daher die Bildung.“

Franklin D. Roosevelt

Trotz der Unterschiede ist das grundsätzliche Bekenntnis zur Demokratiebildung als Basis für informierte und engagierte Bürger:innen ein gemeinsamer Nenner dieser europäischen Nationen.

Wie Demokratie in den Schulen vermittelt und gelebt wird, variiert jedoch erheblich innerhalb Europas. Während einige Länder demokratische Bildung durch partizipative Schulverwaltung und Projekte zum bürgerschaftlichen Engagement in ihre Lehrpläne integrieren, stützen sich andere in erster Linie auf den Unterricht im Klassenzimmer. Inwieweit junge Menschen dazu ermutigt werden, kritisch zu denken, sich an Debatten zu beteiligen und ein Gefühl der Eigenverantwortung zu entwickeln, hängt von historischen Hintergründen, politischen Prioritäten und Bildungstraditionen ab.

Diese vergleichende Analyse untersucht, wie verschiedene europäische Länder – Deutschland, Österreich, Griechenland, Spanien, Italien und die Niederlande – an Politische Bildung und Demokratiebildung herangehen, und beleuchtet ihre jeweiligen Strategien, gemeinsamen Herausforderungen und die weiterreichenden Auswirkungen auf die Zukunft der demokratischen Teilhabe.

Durch die Untersuchung dieser unterschiedlichen Ansätze wollen wir verstehen, was funktioniert, welche Lücken noch bestehen und wie Bildung in einem sich wandelnden politischen Umfeld die Demokratie weiter stärken kann.



Demokratiebildung in den ausgewählten Ländern

Grundprinzipien, Werte und Ziele der Demokratiebildung



Es gibt ein gemeinsames Ziel der Demokratiebildung in ganz Europa:

Schülerinnen und Schülern das Wissen, die Fähigkeiten, Haltungen und Werte zu vermitteln, die für eine aktive und verantwortungsbewusste Bürgerschaft erforderlich sind.

Die Art und Weise, wie die Länder dieses Ziel erreichen, unterscheidet sich jedoch je nach historischen Erfahrungen, politischen Systemen und Bildungstraditionen.

Politische Bildung und Demokratiebildung in **Deutschland** orientieren sich am Beutelsbacher Konsens (1976), der drei Grundprinzipien festlegt:

- das Verbot der Indoktrination, um sicherzustellen, dass Schulen unabhängiges Denken fördern, anstatt politische Ansichten aufzuzwingen;
- die Förderung politischer Kontroversen, die verlangt, dass gesellschaftliche und politische Themen offen diskutiert werden können, um die Komplexität der realen Welt widerzuspiegeln;
- und die Befähigung der Schüler:innen, indem ihnen die Fähigkeiten vermittelt werden, politische Situationen zu analysieren und sich aktiv an demokratischen Prozessen zu beteiligen.



Schulen müssen politische Themen fair darstellen und unabhängiges und kritisches Denken fördern, ohne bestimmte politische Ideologien zu propagieren.

Zu den Grundwerten gehören Menschenrechte und Menschenwürde, Gleichheit und Gerechtigkeit, Meinungs- und Gedankenfreiheit, Solidarität und demokratische Teilhabe. Ziel ist es, politische Mündigkeit zu vermitteln, aber auch kritisches Denken und aktive Teilhabe zu fördern.

Das deutsche Bildungssystem ist dezentralisiert, wobei jedes der 16 Bundesländer für seine eigene Bildungspolitik verantwortlich ist. Die Kultusministerkonferenz (KMK) sorgt jedoch für die Koordinierung und Harmonisierung zwischen den Bundesländern, um bundesweite Bildungsstandards aufrechtzuerhalten. Die Beschlüsse der KMK, wie beispielsweise die Empfehlung zur demokratischen Bildung aus dem Jahr 2018, dienen als Leitfaden für das demokratische Lernen in den Schulen. Demokratiebildung sollte nicht nur in einzelnen Fächern stattfinden, sondern als fächerübergreifendes Lehrprinzip ab der ersten Klasse in allen Fächern verankert sein.



Auch **Italien** fördert demokratisches Engagement, das über theoretisches Wissen hinausgeht. Das Land verfolgt einen partizipativen Ansatz in der Demokratiebildung und legt den Schwerpunkt auf bürgerschaftliches Engagement durch Debatten, Schülerräte und Initiativen wie den Kinder- und Jugendrat, der es Schüler:innen ermöglicht, lokale Gemeinschaftsprojekte vorzuschlagen und Kontakt zur Stadtverwaltung zu haben. Durch die Zusammenarbeit mit den kommunalen Behörden zu Themen wie der Sicherheit von Fußgänger:innen in der Nähe von Schulen sammeln die Schüler:innen direkte Erfahrungen mit demokratischen Entscheidungsprozessen.

Während Italien den Schwerpunkt auf praktisches bürgerschaftliches Engagement legt, konzentriert sich **Spanien** mehr auf Diskussionen im Klassenzimmer. Der Rahmen für die Demokratiebildung in Spanien basiert auf den Grundprinzipien des Pluralismus und der Toleranz, wodurch die Achtung unterschiedlicher Perspektiven gewährleistet wird, obwohl politische Spannungen – insbesondere in Katalonien – den Unterricht beeinflussen können. Die Schulen fördern die Beteiligung und Vertretung der Schüler:innen durch gewählte Klassensprecher und Schülerräte, deren Einfluss jedoch oft begrenzt ist. Ein starker Schwerpunkt liegt auf kritischem Denken und Debatten, aber kontroverse Themen werden manchmal vermieden. Darüber hinaus sind Menschenrechte und Gleichberechtigung, einschließlich Diskussionen über Rassismus, Geschlechtergleichstellung und LGBTQIA+-Rechten Teil des Lehrplans,

wobei die Tiefe und der Schwerpunkt je nach Region variieren. Trotz der Bemühungen, das Engagement zu fördern, bestehen weiterhin Herausforderungen, um eine sinnvolle Beteiligung der Schüler:innen zu gewährleisten und sensible Themen effektiv anzusprechen.

Griechenland verbindet staatsbürgerliches Wissen mit praktischem Engagement, um die Schüler:innen in ihrem Alltag mit demokratischen Prinzipien vertraut zu machen. Die Demokratiebildung basiert auf Prinzipien wie Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Partizipation, Pluralismus und kritisches Denken. Der Lehrplan legt den Schwerpunkt auf Institutionen und vermittelt den Schüler:innen Kenntnisse über die griechische Verfassung, die europäischen Institutionen und globale demokratische Systeme. Auch in Griechenland fördern die Schulen die aktive Bürgerschaft durch Schülerräte, Debatten und Freiwilligeninitiativen und fördern gleichzeitig das ethische Bewusstsein und demokratische Entscheidungsprozesse. Ein starker Schwerpunkt liegt auf praktischem Engagement, um sicherzustellen, dass die Schüler:innen Demokratie in ihrem täglichen Leben erleben.

Wie Deutschland verfolgt auch **Österreich** einen strukturierten Ansatz in der Demokratiebildung durch das Unterrichtsprinzip Politische Bildung (Grundsatzterlass Politische Bildung) und internationale Rahmenwerke wie die Charta des Europarats zur Politischen Bildung und Menschenrechtsbildung. Wie im deutschen Beutelsbacher Konsens sorgt das Kontroversitätsprinzip dafür, dass politische und gesellschaftliche Themen offen diskutiert werden, während das Verbot der Überwältigung die Schüler:innen vor Indoktrination schützt. Das System fördert auch analytische Fähigkeiten, die es den Schüler:innen ermöglichen, soziale Strukturen und Machtverhältnisse kritisch zu beurteilen.



Kernwerte sind:

- **Menschenrechte:** Förderung von Gleichheit, Gerechtigkeit, Solidarität und Freiheit.
- **Antidiskriminierung:** Bekämpfung von Vorurteilen, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Homophobie.
- **Nachhaltigkeit:** Förderung eines verantwortungsvollen Umgangs mit Ressourcen und einer gerechten Verteilung.

Österreichische Schulen konzentrieren sich auf die Entwicklung demokratischer Kompetenzen, die Sensibilisierung für globale Herausforderungen und die praktische Umsetzung durch Schülerratswahlen und Parlamentssimulationen, wodurch die persönliche Verantwortung im politischen Engagement gefördert wird.

Die **Niederlande** weisen in ihrem strukturierten Ansatz einige Ähnlichkeiten mit Deutschland und Österreich auf, wobei der Schwerpunkt auf demokratischer Resilienz und kritischem Denken liegt. Allerdings legen sie auch großen Wert auf Pluralismus und Inklusion und fördern den Respekt für unterschiedliche Perspektiven, was eng mit dem niederländischen Ansatz zur Gewährleistung einer aktiven Bürgerschaft und Beteiligung an der lokalen Regierungsführung im Einklang steht.

In den Niederlanden ist die Demokratiebildung fest im Lehrplan verankert und zielt darauf ab, demokratisches Bewusstsein, soziale Verantwortung und aktive Bürgerschaft zu fördern. Der niederländische Ansatz basiert auf demokratischer Resilienz, die den Schüler:innen hilft, sich mit demokratischen Werten auseinanderzusetzen und Fehlinformationen zu widerstehen; auf Partizipation und Repräsentation, die Möglichkeiten zur Entscheidungsfindung durch Schülerräte und (lokale) Regierungsprojekte bieten; sowie auf Pluralismus und Inklusion, die

den Respekt für unterschiedliche Perspektiven und Kulturen fördern. Wie Italien legen auch die Niederlande einen starken Fokus auf das Engagement in der Gemeinschaft durch Projekte, die Schulen mit lokalen Organisationen verbinden und den Schüler:innen praktische Erfahrungen im Bereich der Bürgerbeteiligung vermitteln. Das gesetzliche Mandat zur Staatsbürgerschaft verlangt unter anderem, dass Schulen die Grundwerte der demokratischen Rechtsstaatlichkeit fördern. Grundwerte sind grundlegende, minimale und allgemein anerkannte Werte, die die demokratische Rechtsstaatlichkeit stützen. Ohne Bürger, die diese Werte unterstützen, kann eine Demokratie nicht existieren. Die Regierung fordert daher das Bildungswesen auf, zu ihrer Förderung beizutragen. Dies ist eine Verpflichtung zur Bemühung: Schulen sind nicht dafür verantwortlich, was Schüler:innen denken, aber sie müssen Grundwerte fördern.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass zwar das gemeinsame Engagement, Schüler:innen auf eine aktive und verantwortungsvolle Staatsbürgerschaft vorzubereiten, die Demokratiebildung in ganz Europa eint, die Ansätze der einzelnen Länder jedoch von ihren einzigartigen historischen, politischen und bildungspolitischen Gegebenheiten geprägt sind.

Deutschland und **Österreich** folgen strukturierten Rahmenwerken für die politische Bildung (z. B. dem Beutelsbacher Konsens), die kritisches Denken betonen und Indoktrination vermeiden, während Italien praktisches bürgerschaftliches Engagement in den Vordergrund stellt. Spanien konzentriert sich auf Diskussionen im Klassenzimmer und den Umgang mit politischen Spannungen, und Griechenland verbindet staatsbürgerliches Wissen mit praktischer Anwendung. Die Niederlande betonen die demokratische Widerstandsfähigkeit, Partizipation und Inklusion (), oft durch Engagement in der Gemeinschaft.

Obwohl die Ansätze zur Demokratiebildung unterschiedlich sind, haben sie alle ein gemeinsames Ziel: den Schüler:innen das Wissen, die Fähigkeiten und die Werte zu vermitteln, die für eine aktive und informierte Bürgerschaft erforderlich sind. Die Demokratiebildung in allen Ländern ist bestrebt, dafür zu sorgen, dass demokratische Prinzipien tief in der Gesellschaft verankert bleiben, und die Schüler:innen darauf vorzubereiten, einen sinnvollen Beitrag zur Zukunft der Demokratie zu leisten.

Europäische und internationale Rahmenbedingungen für die Demokratiebildung

Die Entwicklung und Umsetzung der Demokratiebildung in den europäischen Ländern wird maßgeblich von einem robusten Netzwerk europäischer und internationaler Standards beeinflusst und unterstützt, die das gemeinsame Engagement für die Förderung demokratischer Werte, die Achtung der Menschenrechte und die Pflege einer aktiven Bürgerschaft widerspiegeln.

Innerhalb der Europäischen Union liegt die Verantwortung für die Bildungspolitik hauptsächlich

bei den einzelnen Mitgliedstaaten. Dennoch bieten mehrere unionsweite Dokumente strategische Leitlinien.



Ein prominentes Beispiel ist die **Erklärung zur Förderung von Politischer Bildung und der gemeinsamen Werte von Freiheit, Toleranz und Nichtdiskriminierung** (2015), die nach den Terroranschlägen in Paris und Kopenhagen verabschiedet wurde.



Es folgte die **Empfehlung des Rates vom 22. Mai 2018 zur Förderung gemeinsamer Werte, inklusiver Bildung und der europäischen Dimension im Unterricht**, in der die Schulen dazu ermutigt werden, das Verständnis für die Werte der EU zu fördern.



Artikel 2 des **Vertrags über die Europäische Union (EUV)**, in dem die Achtung der Menschenwürde, der Freiheit, der Demokratie, der Gleichheit, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte verankert ist, untermauert diese Bemühungen.

Im Gegensatz dazu pflegt **der Europarat** – als wichtige supranationale europäische Organisation, die älter ist als die EU – eine lange Tradition der politischen Bildung, die darauf abzielt, Demokratie und Menschenrechte in seinen 46 Mitgliedstaaten zu stärken.

 Die **Europarats-Charta zur Politischen Bildung und Menschenrechtsbildung** (2010) dient als grundlegender Rahmen und fordert die Regierungen auf, bürgerschaftliches Engagement, kritisches Denken und die Achtung der Menschenrechte in ihren nationalen Lehrplänen zu priorisieren.

 Um diese Ziele umzusetzen, hat der Europarat 2018 den **Referenzrahmen: Kompetenzen für eine demokratische Kultur (RFCDC)** veröffentlicht. Das RFCDC baut auf einem umfassenden Modell von 20 Kompetenzen auf (Wissen und kritisches Verstehen, Fähigkeiten und Fertigkeiten, Haltungen und Werte), das an unterschiedliche nationale Kontexte angepasst werden kann. Viele Bildungsministerien nutzen den Referenzrahmen, um ihre Politik so zu gestalten, dass junge Menschen demokratische Werte nicht nur lernen, sondern sie auch in verschiedenen Fächern, von Geschichte und Sozialkunde bis hin zu Kunst, praktizieren.

 Zuletzt bekräftigen die **Reykjavik-Prinzipien der Demokratie** (2023), die auf dem Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs des Europarats verabschiedet wurden, die gemeinsame Verantwortung der nationalen, regionalen und lokalen Behörden für die Wahrung der Demokratie und der guten Regierungsführung sowie für die Ermöglichung einer sinnvollen Beteiligung der Öffentlichkeit.

Über die europäischen Rahmenbedingungen hinaus richtet sich die Demokratiebildung auch nach globalen Standards aus.

 **Das Ziel 4.7 der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung (SDG 4.7)** fördert Bildung für nachhaltige Entwicklung und globale Bürgerschaft. SDG 4.7 zielt darauf ab, sicherzustellen, dass bis 2030 alle Lernenden die Kenntnisse und Fähigkeiten erwerben, die zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung, der Menschenrechte, der Gleichstellung der Geschlechter, einer Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit sowie der globalen Bürgerschaft erforderlich sind. SDG 4.7 befürwortet einen ganzheitlichen Bildungsansatz, bei dem die Demokratiebildung eine zentrale Rolle bei der Förderung einer aktiven Weltbürgerschaft spielt. Dies steht im Einklang mit den Zielen der demokratischen Bildung, die sich nicht nur darauf konzentriert, die Schüler:innen auf die Teilnahme an lokalen demokratischen Prozessen vorzubereiten, sondern sie auch dazu ermutigt, sich mit globalen Themen auseinanderzusetzen, internationale Rahmenbedingungen zu verstehen und zu einer gerechteren und friedlicheren Welt beizutragen.

 Darüber hinaus tragen die **Allgemeine Erklärung der Menschenrechte** und die **Erklärung der Vereinten Nationen über Menschenrechtsbildung und -training** (2011) zur Gestaltung nationaler Bildungsstrategien bei und stärken die Grundsätze der Würde, Gleichheit und sozialen Gerechtigkeit.

Einbettung von Demokratiebildung und europäischen Werten

Integration der Demokratie-bildung in nationale Kontexte

Nachdem wir die verschiedenen Ansätze von Demokratiebildung und Politischer Bildung in Europa untersucht haben, befassen wir uns nun mit der formellen Anerkennung und strukturellen Verankerung dieses wichtigen Bereichs in den nationalen Bildungssystemen. Insbesondere widmen wir uns der Frage, ob Demokratiebildung in den nationalen Bildungspolitiken und Lehrplänen ausdrücklich vorgeschrieben oder erwähnt wird. Darüber hinaus werden wir für jene Länder, in denen sie implementiert ist, ihre pädagogische Einordnung untersuchen: Wird sie als eigenständiges Fach behandelt, für das spezielle Zeit und Ressourcen zur Verfügung stehen, oder ist sie als übergreifendes Thema in verschiedene Fachbereiche eingebunden?

In allen Ländern gibt es eine klare und ausdrückliche Verpflichtung zur Demokratiebildung in den nationalen Bildungspolitiken und Lehrplänen. Während das übergeordnete Ziel der Förderung einer aktiven und verantwortungsbewussten Bürgerschaft unverändert bleibt, variiert die strukturelle Umsetzung.

In **Deutschland** ist Demokratiebildung, oft auch als „politische Bildung“ bezeichnet, in der nationalen Bildungspolitik und den Lehrplänen ausdrücklich vorgeschrieben und verankert.

Aufgrund des föderalen Bildungssystems in Deutschland legt jedes Bundesland seinen eigenen Lehrplan fest, wobei die landesweite Koordinierung durch die Kultusministerkonferenz (KMK) sichergestellt wird. Die KMK betont, dass politische Bildung nicht auf ein einzelnes Fach beschränkt sein sollte, sondern in den gesamten Lehrplan integriert werden muss.

Die Demokratiebildung ist in verschiedenen Fächern verankert, darunter Sozialkunde, Geografie, Ethik, Geschichte und auch Deutsch, wo Kommunikation, Argumentation und kritische Analyse von Texten zu sozialen und politischen Themen behandelt werden.

In **Italien** ist die Demokratiebildung, oft als „Educazione Civica“ (Politische Bildung) bezeichnet, in den nationalen Bildungsrichtlinien und Lehrplänen ausdrücklich vorgeschrieben und verankert (Gesetz Nr. 92 von 2019). Politische Bildung ist ein Pflichtfach in allen Bildungsstufen, von der Grundschule bis zur Sekundarstufe II, mit den Schwerpunkten Rechtsbewusstsein, kritisches Denken und aktive Teilhabe. Die Schulen integrieren Unterricht in politischer Bildung, Debatten, Schülerräte und Gemeinschaftsprojekte, um die Schüler:innen in das demokratische Leben einzubeziehen. Initiativen wie die bereits erwähnten Kinder- und Jugendräte bieten Schüler:innen die Möglichkeit, mit lokalen Behörden zusammenzuarbeiten und Entscheidungen in der realen Welt zu beeinflussen.

Wie ist Demokratiebildung in die nationale Bildungspolitik oder den Lehrplan integriert?

						
Eigenständiges Fach						
Querschnittsthema						

In **Spanien** wird die Demokratiebildung ausdrücklich als Querschnittsthema genannt und integriert. Eine wichtige Referenz ist das Bildungsgrundgesetz (LOE), insbesondere in der durch das Gesetz 3/2020 (LOMLOE) geänderten Fassung. Elemente der Demokratiebildung, darunter demokratische Werte, Staatsbürgerkunde und europäische Identität, sollen in verschiedene Fächer des Lehrplans integriert werden, insbesondere in die Sozialwissenschaften, Geschichte und Sprachunterricht. Die Lehrplanrahmen auf nationaler und regionaler Ebene legen fest, wie diese Kompetenzen in den verschiedenen Fachbereichen behandelt werden sollen.

Auch in **Griechenland** wird die Demokratiebildung ausdrücklich erwähnt und ist Teil der griechischen nationalen Bildungspolitik und des Lehrplans. Das Gesetz 1566/1985 betont die Entwicklung verantwortungsbewusster Bürger mit demokratischen Werten. Es wird ein gemischter Ansatz verfolgt:

- Als eigenständiges Fach belegen die Schüler:innen Staatsbürgerkunde (Κοινωνική και Πολιτική Αγωγή), Politische Bildung (Πολιτική Παιδεία) und Aktuelle Fragen der Demokratie und Menschenrechte (Σύγχρονα Ζητήματα Δημοκρατίας και Ανθρώπινων Δικαιωμάτων), wobei Themen wie Demokratie, Menschenrechte, politische Teilhabe und europäische Werte behandelt werden.
- Darüber hinaus werden demokratische Prinzipien in andere Fächer integriert, darunter Geschichte, Sozialkunde, Philosophie und moderne und antike griechische Sprache.

Österreich hat ein klares Mandat für Demokratiebildung: Die „Politische Bildung“ ist seit 1978

durch den pädagogischen Grundsatz des fächerübergreifenden Unterrichts in das Schulsystem integriert. Sie gilt für alle Schultypen und -stufen:

„Politische Bildung ist eine Voraussetzung sowohl für die individuelle Entfaltung wie für die Weiterentwicklung des gesellschaftlichen Ganzen. Sie ist ein aktiver Beitrag zur Gestaltung der Gesellschaft und zur Verwirklichung der Demokratie.“

(Grundsatzlerlass 2015)

Die Umsetzung variiert je nach Schultyp. In Berufsschulen ist Politische Bildung ein eigenständiges Fach, während es in anderen Schulen mit Fächern wie Geschichte, Zeitgeschichte, Recht oder Wirtschaft kombiniert wird. Seit 2016 ist Politische Bildung ab der 6. Klasse Pflichtfach. In Grundschulen ist es in den Sachunterricht integriert. Die Lehrpläne regen zur Auseinandersetzung mit lokalen, nationalen, europäischen und globalen politischen Themen an.

In den **Niederlanden** verpflichtet das Gesetz zur Förderung der aktiven Bürgerschaft und sozialen Integration Grund- und weiterführende Schulen dazu, aktive Bürgerschaft und soziale Integration zu fördern. Schulen und Einrichtungen müssen ihren Schüler:innen und Studierenden die Grundwerte des demokratischen Rechtsstaats auf zielgerichtete, kohärente und erkennbare Weise vermitteln und ihnen ermöglichen, die für das Zusammenleben in einem demokratischen Rechtsstaat erforderlichen sozialen und staatsbürgerlichen Kompetenzen zu entwickeln. Das Gesetz verlangt auch, dass die Grundwerte in der Schule sichtbar sind, dass die Schüler:innen sie praktizieren können und dass die Schule ein Umfeld bietet,

in dem sich jeder akzeptiert und sicher fühlt. Die Aufsichtsbehörde bewertet, ob Schulen und Einrichtungen diese gesetzlichen Anforderungen erfüllen und ob der Vorstand seiner Sorgfaltspflicht nachkommt. Diese Bewertung ist ein integraler Bestandteil der Aufsicht. Es ist wichtig zu beachten, dass die Schulen aufgrund der Bildungsfreiheit in den Niederlanden eine gewisse Flexibilität bei der Umsetzung der politischen Bildung haben, aber der gesetzliche Auftrag und der integrierte Ansatz innerhalb der Kernziele sind klar. Die Demokratiebildung, oft als politische Bildung („burgerschapsonderwijs“) bezeichnet, verfolgt einen fächerübergreifenden Ansatz, der in Fächern wie Geschichte, Sozialkunde und Ethik verankert ist.

Integration von Demokratie-bildung und europäischen Werten in konkrete Schulfächer

Die Demokratiebildung wird – mit dem Ziel, sicherzustellen, dass die Schüler:innen ein Verständnis für demokratische Prinzipien, Institutionen und aktive Bürgerschaft entwickeln – in Europa in unterschiedlichste Fächer integriert. Jedes Land verfolgt seinen eigenen Ansatz, die gemeinsame Klammer bilden Themen wie bürgerschaftliches Engagement, kritisches Denken und Erfahrungslernen.

Sozialkunde/Politik/Politische Bildung ...

spielen in allen Ländern eine zentrale Rolle. Hier lernen die Schüler:innen die Grundlagen politischer Systeme, Institutionen und demokratischer Prozesse kennen und setzen sich mit Grundrechten und europäischen Institutionen auseinander.

Ein deutsches Beispiel zeigt, dass Schüler:innen durch Simulationen, wie z.B. von Gemeinderatssitzungen oder Sitzungen des EU-

Parlaments, demokratische Willensbildung hautnah erleben und sich mit ihren Herausforderungen auseinandersetzen. Die Auseinandersetzung mit aktuellen politischen Themen, das Recherchieren von Informationen, das Diskutieren unterschiedlicher Standpunkte und das Bilden einer eigenen Meinung sind ebenfalls wichtige Bestandteile des Unterrichts.

Geschichte ...

Der Geschichtsunterricht beleuchtet Demokratie und europäische Werte aus historischer Perspektive. Die Schüler:innen lernen, wie Demokratien entstehen und verschwinden können, welche Bedeutung Menschenrechte haben und wie die europäische Integration vorangeschritten ist.

Die Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs, von Nationalsozialismus und Holocaust verdeutlichen, wie wichtig es ist, demokratische Werte zu verteidigen und Menschenrechte zu schützen. Auch die Entwicklung der Europäischen Union und die damit verbundenen Chancen und Herausforderungen werden thematisiert.

Das Studium der antiken griechischen Demokratie als Grundlage moderner demokratischer Prinzipien sowie europäische historische Ereignisse wie die Aufklärung und die Entwicklung demokratischer Staaten sind ein zentrales Thema in Griechenland.

Ethik und Religion ...

konzentrieren sich auf Werte, Normen, moralische Entscheidungen und interkulturellen Dialog. Diese Fächer fördern die Entwicklung von Empathie, Toleranz und Verantwortungsbewusstsein. Die Schüler:innen setzen sich mit verschiedenen Wertesystemen auseinander und diskutieren, welche Werte für eine demokratische Gesellschaft unverzichtbar sind.

Diese Fächer sind nicht in allen Ländern obligatorisch (). In den Niederlanden beispielsweise sind Ethik – dort als Philosophie bezeichnet – und Religion nicht an allen Schulen obligatorisch.

Sprachunterricht (in der Muttersprache oder in Fremdsprachen) ...

leistet ebenfalls einen wichtigen Beitrag zur Demokratiebildung. Sprachenunterricht konzentriert sich auf die Förderung von kritischem Denken, Argumentationsfähigkeit und die Teilnahme am öffentlichen Diskurs. Die Schüler:innen analysieren politische Reden und Texte und lernen, wie Sprache eingesetzt werden kann, um die öffentliche Meinung zu beeinflussen. Sie beschäftigen sich auch mit aktuellen Nachrichten und traditionellen sowie neuen Medienformaten.

Philosophie

In Griechenland ist auch Philosophie ein wichtiges Fach, das behandelt, wie Rechtsvorschriften zu einem harmonischen Zusammenleben in Gesellschaften beitragen und wie sie demokratische und Menschenrechte wie Freiheit und Gleichheit fördern. Auch die antike griechische Literatur enthält Elemente, die für die Demokratiebildung relevant sind, beispielsweise durch die Vermittlung des Epitaphs von Perikles, einem Werk, das eine Hymne an die Athener Republik und ein Denkmal des Weltkulturerbes ist. Das Ziel besteht unter anderem darin, dass die Schüler:innen die Merkmale und Grundwerte der Demokratie durch den Vergleich mit anderen Systemen erkennen.

In allen Ländern wird die Demokratiebildung sorgfältig an die kognitive Entwicklung der Schüler:innen angepasst und geht von grundlegenden Werten in den frühen Jahren zu komplexen politischen Analysen in späteren Phasen

über. Dieser schrittweise Ansatz stellt sicher, dass sich die Schüler:innen altersgerecht mit demokratischen Prinzipien auseinandersetzen und ihr Verständnis im Laufe der Zeit aufbauen.

In **Deutschland** folgt die Demokratiebildung einem strukturierten Ablauf. In der Grundschule (6-10 Jahre) werden die Kinder durch Aktivitäten wie Klassenregeln und Schulparlamente an grundlegende Konzepte wie Fairness, Respekt und Entscheidungsfindung herangeführt. Mit dem Übergang in die Sekundarstufe I (10-16 Jahre) beginnen sie, sich durch Diskussionen und Übungen zum kritischen Denken mit politischen Systemen, Rechten und Pflichten auseinanderzusetzen. In der Sekundarstufe II (16–18/19 Jahre) beschäftigen sich die Schüler:innen mit fortgeschrittenen Studien zu politischen Theorien, Menschenrechten und globalen Herausforderungen, um sie auf eine aktive Bürgerschaft vorzubereiten.

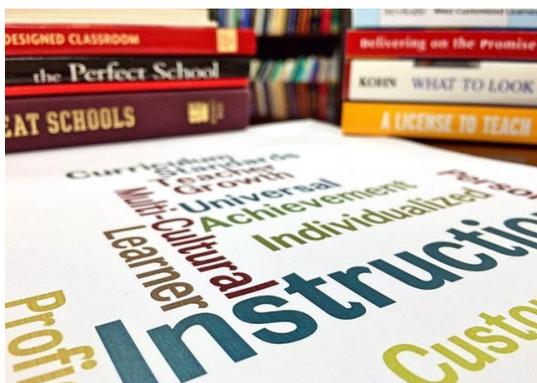
Österreich verfolgt einen integrierten Ansatz und verankert die Demokratiebildung in allen Schulstufen. In der Grundschule ist sie Teil des Sozialkundeunterrichts, während sie in der Sekundarstufe ab der 6. Klasse strukturierter wird, um eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit demokratischen Prinzipien zu gewährleisten.



Hipparchia von Maroneia (Carole Raddato
CC-BY-S)

In den **Niederlanden** ist Demokratiebildung Teil des umfassenderen Rahmens der Politischen Bildung, die für alle Schulen verpflichtend ist. Während die Grundschulbildung auf soziale Interaktion, Respekt und grundlegende demokratische Werte setzt, werden in der Sekundarstufe I strukturiertere Diskussionen über Bürgerrechte, politische Systeme und Medienkompetenz eingeführt. In der Sekundarstufe II ist Demokratiebildung in den Sozialkunde- und Geschichtsunterricht integriert, wo die Schüler:innen politische Ideologien, Regierungsstrukturen und aktuelle demokratische Herausforderungen kritisch untersuchen. Aufgrund des dezentralisierten Bildungssystems können Umfang und Tiefe der Demokratiebildung jedoch von Schule zu Schule variieren.

In Ländern wie **Italien, Spanien und Griechenland** folgt die Demokratiebildung einem progressiven Modell. In der Grundschule (6-10 Jahre) werden die Schüler:innen in demokratische Werte und grundlegende Bürgerpflichten eingeführt. In der Sekundarstufe I (11–15 Jahre) setzen sie sich mit demokratischen Institutionen, Regierungsstrukturen und staatsbürgerlichen Pflichten auseinander. In der Sekundarstufe II (15–18 Jahre) beschäftigen sich die Schüler:innen intensiv mit politischen Systemen, Ideologien und globaler Regierungsführung und entwickeln die analytischen Fähigkeiten, die erforderlich sind, um Demokratie im nationalen und internationalen Kontext kritisch zu beurteilen.



Demokratiebildung im Lehrplan

In Europa werden verschiedene Bildungsstrategien eingesetzt, um Demokratiebildung in die Lehrpläne zu integrieren, wobei jede davon darauf abzielt, Bürgerbewusstsein, aktive und kritisches Denken bei den Schüler:innen zu fördern:

Deutschland

Deutschland hat ein föderales Bildungssystem, sodass sich die Lehrpläne in allen 16 Bundesländern unterscheiden. Die Liste ist ein Beispiel für die Lehrplanverknüpfungen in Sachsen.

Deutsche Sprache

Interkulturelle Kompetenz und Toleranz:

- Klasse 5, Lernbereich 3: Lesen und Verstehen: Die Schüler:innen beschäftigen sich mit Märchen aus verschiedenen Kulturen und lernen den Wert von Toleranz und interkulturellem Verständnis kennen.
- Klasse 9, Lernbereich 3: Lesen und Verstehen: Die Schüler:innen lesen und vergleichen Werke der deutschen Literatur mit Werken aus anderen europäischen und außereuropäischen Literaturen.

Demokratische Werte und Partizipation:

- 11./12. Klasse, Grundkurs, Lernbereich 2: Reden entwerfen: Die Schüler:innen analysieren und entwerfen Reden und setzen sich dabei mit rhetorischen Mitteln und Strategien der Meinungsbildung auseinander.

Staatsbürgerkunde/Recht/Wirtschaft

Europäische Integration und Zusammenarbeit:

- 10. Klasse, Lernbereich 2: Herausforderungen für Europa in einer globalisierten Welt: Die Schüler:innen setzen sich mit den Zielen, Strukturen und Herausforderungen der Europäischen Union auseinander.

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit:

- Klasse 9, Lernbereich 1: Politische Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland: Die Schüler:innen erwerben Kenntnisse über Grundrechte, die Prinzipien der Staatsstruktur und die Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland.

Geschichte

Europäische Geschichte und Integration:

- Klasse 6, Lernbereich 1: Die römische Zivilisation und ihr prägender Einfluss auf Europa: Die Schüler:innen lernen die Bedeutung des römischen Erbes für die europäische Kultur kennen.
- 11./12. Klasse, Grundkurs, Lernbereich 4: Herausforderung „Frieden“: Die Schüler:innen untersuchen die Entwicklung der europäischen Integration als Weg zur Sicherung des Friedens.

Menschenrechte und Demokratie:

- 9. Klasse, Lernbereich 2: Deutschlands Weg von der Demokratie zur Diktatur: Die Schüler:innen analysieren die Entwicklung der Weimarer Republik und die Gefahren für die Demokratie.

Ethik

Interkulturelle Kompetenz und Toleranz:

- Klasse 7, Lernbereich 1: Verstehen und Kommunizieren: Die Schüler:innen untersuchen die Ursachen von Konflikten, die auch aus unterschiedlichen kulturellen und religiösen Werten entstehen können, und entwickeln Strategien zur Konfliktlösung.

Menschenrechte und Menschenwürde:

- 11./12. Klasse, Grundkurs, Lernbereich 3: Fragen der Gerechtigkeit: Die Schüler:innen diskutieren den universellen Anspruch der Menschenrechte.

Geografie

Europäische Integration und Zusammenarbeit:

- Klasse 6, Wahlfachbereich 1: Wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa: Die Schüler:innen gewinnen Einblicke in die wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa und lernen die Bedeutung von Zusammenarbeit und Austausch kennen.

Nachhaltige Entwicklung:

- 11. Klasse, Grundkurs, Lernbereich 3: Globale Ungleichheiten und Verflechtungen: Die Schüler:innen analysieren globale Ungleichheiten und lernen die Bedeutung

In allen deutschen Bundesländern gibt es eine ähnlich breite Verankerung, aber die Zeit, die ausdrücklich für die Auseinandersetzung mit Demokratie und europäischen Werten vorgesehen ist, bleibt begrenzt.



Italien

In Italien wird Demokratiebildung in erster Linie durch das Pflichtfach **Politische Bildung** integriert, für das mindestens 33 Stunden pro Jahr vorgesehen sind. Dieses Fach konzentriert sich auf die italienische Verfassung, nationale und europäische Institutionen, Wahlprozesse und die Gewaltenteilung.

Im Geschichtsunterricht wird die Entwicklung der Demokratie untersucht, einschließlich des antiken Griechenlands und der europäischen Integration.

Der Philosophieunterricht in der Oberstufe fördert das kritische Denken zu politischen und ethischen Fragen.

Sozialkunde und Religionsunterricht können ebenfalls einen Beitrag leisten, müssen jedoch den säkularen Charakter des Staates respektieren.

Viele Schulen ergänzen den Unterricht durch **interdisziplinäre Projekte und außerschuli-**

sche Aktivitäten, wie Simulationen italienischer Institutionen und Besuche bedeutender demokratischer Stätten, um das praktische Engagement zu fördern. Zu den wichtigsten Themen gehören Menschenrechte (wie die Europäische Menschenrechtskonvention), Rechtsstaatlichkeit, Nachhaltigkeit und Weltbürgerschaft, wobei der Medienkompetenz zur Bekämpfung von Desinformation zunehmend Aufmerksamkeit geschenkt wird.



Spanien

In Spanien werden Demokratiebildung und europäische Werte hauptsächlich im Fach „Bürgerliche und ethische Wertebildung“ behandelt.

Der Schwerpunkt liegt auf vier Schlüsselkompetenzen:

1. **Selbstwirksamkeit und persönliche Autonomie:** Entwicklung der Reflexion über Identität und Emotionsmanagement.
2. **Verständnis sozialer und demokratischer Rahmenbedingungen:** Verständnis für das Zusammenleben und Bekenntnis zu demokratischen Werten.
3. **Nachhaltigkeit und Umweltethik:** Übernahme nachhaltiger Einstellungen und Verständnis für die Wechselwirkungen von Mensch und Umwelt.
4. **Emotionale Bildung:** Entwicklung von Sensibilität und Mitgefühl gegenüber ethischen und sozialen Problemen.

Der Lehrplan für die Erziehung zu bürgerlichen und ethischen Werten in Spanien umfasst verschiedene Aspekte im Zusammenhang mit Demokratie und europäischen Werten, darunter:

Demokratische Systeme und Institutionen: Verständnis der Strukturen und Funktionen demokratischer Gesellschaften unter Betonung der Bedeutung der Bürgerbeteiligung.

Bürgerrechte und -pflichten:

Reflexion über Menschenrechte, Würde, effektive Gleichstellung von und geteilte Verantwortung zwischen Frauen und Männern sowie Respekt vor Vielfalt und Minderheiten.

Ethische und gesellschaftliche Fragen:

Analyse von Themen wie Armut, Gewalt, Migration und Klimakrise, Förderung einer kritischen und engagierten Haltung gegenüber diesen Herausforderungen.

Nachhaltigkeit und Umweltethik:

Förderung nachhaltiger Lebensgewohnheiten und Verständnis für die Wechselwirkungen zwischen Mensch und Umwelt.

Die Erziehung zu bürgerlichen und ethischen Werten wird nur in der letzten Stufe der Grundschule, in der 5. und 6. Klasse, unterrichtet, wenn die Kinder zwischen 10 und 12 Jahre alt sind. Für das Fach sind 35 Unterrichtseinheiten vorgesehen.



Griechenland

Die wichtigsten Aspekte der Demokratie und der europäischen Werte, die im Lehrplan behandelt werden, sind die folgenden:

Demokratische Systeme und Institutionen:

Um den Schüler:innen umfassendes Wissen über moderne demokratische Systeme zu vermitteln, werden unterschiedliche Demokratie-Modelle vorgestellt, wie sie in verschiedenen europäischen Ländern praktiziert werden. Darüber hinaus ist es für ein besseres Verständnis notwendig, die demokratischen Institutionen zu analysieren, die jedes demokratische System stützen und zu seinem korrekten und ordnungsgemäßen Funktionieren beitragen.

Bürgerrechte und -pflichten:

Wie Thukydides im Epitaph des Perikles feststellt, ist der wahre Bürger jener, der sich um öffentliche Angelegenheiten kümmert, und

nicht der friedliche Bürger, der sich nur um seine persönlichen Angelegenheiten kümmert. Daher besteht die grundlegende Verantwortung aller Bürger:innen für das reibungslose Funktionieren des demokratischen Systems darin, sich für öffentliche Angelegenheiten zu engagieren und sich dafür zu interessieren. Es reicht also nicht aus, nur unsere Rechte zu kennen, sondern vor allem auch die Pflichten, die wir als aktive Bürger:innen haben, und genau darauf zielt die Vermittlung demokratischer und europäischer Werte ab.

Menschenrechte und Würde:

Obwohl die meisten europäischen Länder ein demokratisches Regierungssystem haben, werden die Menschenrechte in der heutigen Zeit weiterhin in Frage gestellt. Aus diesem Grund sehen wir es als unerlässlich, Schüler:innen die Werte Empathie, Toleranz und Respekt für andere zu vermitteln, um aktive Bürger:innen hervorzubringen, die diese Werte verteidigen und schützen.

Österreich

Die politische Bildung ist seit 1978 durch den pädagogischen Grundsatz des fächerübergreifenden Unterrichts in das Schulsystem integriert. Das Unterrichtsprinzip Politische Bildung gilt für alle Schultypen und -stufen.

„Politische Bildung in österreichischen Schulen beruht auf drei Säulen. Sie ist als selbstständiger Unterrichtsgegenstand oder als Kombinations- bzw. Flächenfach in den Lehrplänen verankert, wird im Rahmen der Schulpartnerschaft und der gesetzlichen Vertretung der Schüler:innen wirksam und ist als fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip auf allen Schulstufen ein bedeutender Beitrag zur Gestaltung der Gesellschaft sowie zur Verwirklichung und Weiterentwicklung der Demokratie und Menschenrechte.“ (Grundsatzterlass Politische Bildung 2015)

Seit 2016 ist die politische Bildung ab der 6. Klasse Pflichtfach. In Grundschulen ist sie in den Sachunterricht integriert. Die Lehrpläne regen zur Auseinandersetzung mit lokalen, nationalen, europäischen und globalen politischen Themen an. Weitere Details finden Sie [hier](#).

Im Toolkit [„EUROPA in der Schule. Aktionsideen, Projekte und Angebote für SchulleiterInnen und Lehrkräfte“](#), das im Jänner 2025 veröffentlicht wurde, gibt es fünf Seiten mit Verweisen auf Themen der (europa)politischen Bildung in verschiedenen Lehrplänen.

Hier ein Beispiel für den Lehrplan zur politischen Bildung in den Klassen 6 bis 8:

- Anwendungsbereiche 6. Klasse: Möglichkeiten für politisches Handeln in Gegenwart und Zukunft (Ebenen des politischen Handelns – lokal, bundesstaatlich, föderal, EU – und ihre Auswirkungen auf den Alltag und die Welt, in der die Schüler:innen leben und politisch handeln).
- Anwendungsbereiche 7. Klasse: Identitäten und Politik in Gegenwart und Zukunft (Bausteine nationaler und europäischer Identitäten); Wahlen und Abstimmungen in Gegenwart und Zukunft.
- Anwendungsbereiche 8. Klasse: Europäisierung (verschiedene historische und aktuelle Konzepte von Europa; die EU als Wirtschafts- und Friedensprojekt; das Ende eines geteilten Europas 1989 und seine Auswirkungen; der EU-Beitritt Österreichs und die damit verbundenen Veränderungen in der Außen-, Sicherheits- und Neutralitätspolitik, in der Gesellschaft und im Alltag; der Einfluss der EU auf das Lebensumfeld der Schüler:innen).



Niederlande

In der niederländischen Sekundarstufe ist die Demokratiebildung in erster Linie in den breiteren Rahmen der politischen Bildung eingebunden. Historisch gesehen hat das verfassungsrechtliche Bekenntnis der Niederlande zur Bildungsfreiheit den Schulen eine erhebliche Autonomie bei der Gestaltung ihrer Lehrpläne eingeräumt, was zu einer vielfältigen Umsetzung der politischen Bildung in den einzelnen Einrichtungen geführt hat. Folglich gibt es keine landesweit vorgeschriebene Standardstundenzahl für die politische Bildung in bestimmten Klassenstufen. Die Schulen sind da-

für verantwortlich, die Ziele der Politischen Bildung in ihre Programme zu integrieren, häufig im Rahmen von Fächern wie Sozialkunde, Geschichte oder durch interdisziplinäre Ansätze und Projektarbeit (z.B. nehmen viele Schulen an den Bildungsprojekten von ProDemos – Haus für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit teil). Ein weiteres Beispiel ist das Programm „Botschafterschulen des Europäischen Parlaments“, das darauf abzielt, das Verständnis der Schüler:innen für parlamentarische Demokratie und europäische Bürgerschaft zu verbessern. Diese Flexibilität führt zu Unterschieden darin, wie und wann Politische Bildung während der Sekundarschulzeit vermittelt wird.

Trotz der Unterschiede in ihren Bildungssystemen haben die europäischen Länder gemeinsame Schlüsselemente in ihren Ansätzen zu Politischer Bildung und Demokratiebildung. Anstatt sich auf ein einziges Fach zu beschränken, wird Demokratiebildung oft, wie oben erwähnt, in unterschiedliche Fächer integriert. Dadurch wird sichergestellt, dass die Schüler:innen demokratische Prinzipien aus verschiedenen Perspektiven kennenlernen und ihr Verständnis von Regierungsführung, Rechten und Pflichten vertiefen.

Erfahrungsorientiertes Lernen spielt eine entscheidende Rolle, wobei Schulen Simulationen, Schülerräte und Bürgerprojekte einsetzen, um den Schüler:innen praktische Erfahrungen mit demokratischen Prozessen zu vermitteln.

Ein weiterer wesentlicher Bestandteil ist die Medienkompetenz, die den Schüler:innen die Fähigkeit vermittelt, Informationen kritisch zu bewerten, verantwortungsbewusst im digitalen Raum zu navigieren und Falschinformationen zu erkennen. Angesichts des zunehmenden Einflusses von sozialen Medien und digitalen Plattformen ist die Förderung eines kritischen Umgangs mit Informationen wichtiger denn je.

Schließlich legt die Demokratiebildung in Europa einen starken Schwerpunkt auf europäische Werte wie Menschenrechte, Nachhaltigkeit und bürgerliche Verantwortung. Durch die Hervorhebung dieser gemeinsamen Grundsätze helfen Schulen den Schüler:innen, ein Gefühl der europäischen Identität zu entwickeln und gleichzeitig die demokratischen Grundlagen zu stärken, die den Kontinent einen.

Aktive Einbindung der Schüler und Schülerinnen

Je nach Land kommen unterschiedliche Methoden und Ansätze der Demokratiebildung zur Anwendung. Neben den regulären Unterrichtsaktivitäten integrieren die Schulen interaktive und erfahrungsorientierte Lernansätze wie politische Simulationen, von Schüler:innen geleitete Debatten und Medienkompetenzprojekte. Außerschulische Initiativen wie Schülerräte, Model United Nations und Programme zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements bieten weitere Möglichkeiten zur praktischen Teilnahme. Darüber hinaus tragen Partnerschaften mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Besuche demokratischer Institutionen und nationale Programme zur Förderung von Inklusion und aktiver Bürgerschaft dazu bei, demokratische Werte über den Unterricht hinaus zu stärken. Eine demokratische Schulkultur spielt eine entscheidende Rolle bei der Förderung dieser Werte und sorgt dafür, dass Partizipation, Dialog und Respekt für Vielfalt durch Schülervertretungen, partizipative Entscheidungsfindung und ein Bekenntnis zur Inklusion in den Schulalltag eingebettet werden.

Einblicke in die Projektländer



Deutschland

Über den Unterricht hinaus fördern deutsche Schulen die Demokratiebildung aktiv durch eine Vielzahl interaktiver und erfahrungsorientierter Lernmethoden. Workshops zu Themen wie Konfliktlösung, Medienkompetenz und politische Partizipation helfen den Schüler:innen, demokratische Kompetenzen zu entwickeln, während außerschulische Aktivitäten wie Schülerräte, Debattierclubs und Model United Nations diese Prinzipien weiter stärken. Die Schüler:innen sammeln auch Erfahrungen aus ers-

ter Hand, indem sie demokratische Institutionen wie das Parlament, Gerichte und historische Stätten besuchen und so ihr Verständnis von Regierungsführung und bürgerlicher Verantwortung vertiefen.

Im gesamten Lehrplan, insbesondere in Sachsen und Sachsen-Anhalt, nehmen die Schüler:innen an vielfältigen Aktivitäten teil, die demokratische Werte und aktive Bürgerschaft fördern sollen. Der Sozialkundeunterricht umfasst Simulationen politischer Entscheidungsprozesse, wie beispielsweise simulierte Sitzungen des Gemeinderats oder des EU-Parlaments, wodurch die Schüler:innen praktische Erfahrungen mit demokratischen Prozessen und Konsensbildung sammeln können. Im Geschichtsunterricht werden Rollenspiele eingesetzt, um historische Ereignisse zu untersuchen und Empathie und Verständnis für unterschiedliche Perspektiven zu fördern. Debatten und Diskussionen über aktuelle politische und gesellschaftliche Themen werden in Fächern wie Sozialkunde, Deutsch und Ethik gefördert, wodurch die Schüler:innen Recherchefähigkeiten entwickeln, Argumente aufbauen und sich an einem respektvollen Diskurs beteiligen können.

Medienkompetenz wird durch projektbasiertes Lernen in den Deutschunterricht integriert, darunter Schülerzeitungen und Literaturmagazine, die verantwortungsvollen Journalismus vermitteln. Der Geografieunterricht fördert aktives bürgerschaftliches Engagement durch Forschungsprojekte zu globalen Themen wie Klimawandel und Migration und regt zur Datenanalyse und Präsentation der Ergebnisse an. Darüber hinaus legen Programme wie „Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Mut“ den Schwerpunkt auf Inklusion, soziale Verantwortung und demokratisches Engagement und

sorgen dafür, dass diese Werte in allen deutschen Bundesländern sowohl in den akademischen als auch in den sozialen Aspekten des Schullebens verankert sind.

Italien

In Italien erhalten Schüler:innen eine aktive Rolle in der Demokratiebildung, indem sie sich über demokratisch gewählte Vertreter:innen aktiv in Schulräten engagieren. Diese Räte bieten eine Plattform für die Diskussion sozialer und politischer Themen und fördern kritisches Denken und rhetorische Fähigkeiten. Während Demokratiebildung in erster Linie in den Unterricht integriert ist – oft in zunehmend interkulturellen Umgebungen, leisten auch Organisationen des dritten Sektors, wie Kulturvereine und Gruppen, die demokratische Werte fördern, einen Beitrag, indem sie Bildungsprojekte anbieten.

An wichtigen nationalen und europäischen Tagen, die mit Demokratie zu tun haben, organisieren Schulen Besuche wichtiger demokratischer Stätten wie des italienischen Parlaments und Orte des antifaschistischen Widerstands, um das historische Bewusstsein und das bürgerschaftliche Engagement zu stärken. Durch diese gemeinsamen Anstrengungen erwerben die Schüler:innen sowohl theoretisches Wissen als auch praktische Erfahrungen in demokratischer Teilhabe. Schulen arbeiten mit Organisationen des dritten Sektors zusammen, um demokratische Werte zu fördern.

Spanien

Auch in Spanien verbindet die Demokratiebildung den Unterricht im Klassenzimmer mit Exkursionen zu demokratischen Institutionen, um ein praktisches Verständnis von Regierungsführung zu gewährleisten. Die Schüler:innen werden durch eine Vielzahl von partizipativen Aktivitäten, die Engagement, kritisches Denken und die Anwendung demokratischer

Prinzipien im Alltag fördern, in die demokratische Bildung einbezogen. So wählen die Schüler:innen beispielsweise Vertreter:innen, die gemeinsam mit Lehrkräften und Eltern an Entscheidungsprozessen teilnehmen und ihnen so eine Stimme in der Schulpolitik und bei schulischen Aktivitäten geben. Darüber hinaus fördert der Lehrplan strukturierte Debatten über ethische und staatsbürgerliche Themen, die den Schüler:innen helfen sollen, Argumentationsfähigkeiten zu entwickeln und die Meinungsvielfalt zu respektieren.

Griechenland

In Griechenland engagieren sich die Schüler:innen aktiv in der Demokratiebildung durch eine Vielzahl von praktischen Aktivitäten, die staatsbürgerliches Verantwortungsbewusstsein und kritisches Denken fördern. Schulräte bieten eine Plattform für die Vertretung der Schüler:innen und ermöglichen ihnen, an Entscheidungsprozessen und der Schulverwaltung teilzunehmen. Debatten über politische, soziale und ethische Themen verbessern die analytischen Fähigkeiten und die rhetorischen Fertigkeiten der Schüler:innen, während Simulationen wie das griechische und europäische Parlament und die Model United Nations (MUN) praktische Einblicke in demokratische Prozesse und internationale Diplomatie bieten.

Außerhalb des Klassenzimmers nehmen die Schüler:innen an Gemeinschaftsprojekten und Freiwilligeninitiativen teil, die soziale Verantwortung und aktive Bürgerschaft fördern. Die Schulen organisieren auch Workshops und Seminare zu Demokratie, Menschenrechten und globalen Herausforderungen, oft in Zusammenarbeit mit NGOs, Universitäten und externen Expert:innen. Programme wie das Jugendparlament und außerschulische Initiativen bereichern das Verständnis der Schüler:innen für Regierungsführung und Bürgerbeteiligung zusätzlich. Darüber hinaus unterstützen digitale

Ressourcen wie Photodentro die Demokratiebildung durch die Bereitstellung interaktiver Lernmaterialien.

Kulturelle Veranstaltungen, die Vielfalt und Toleranz feiern, spielen eine wichtige Rolle bei der Förderung des Respekts für unterschiedliche Perspektiven und Traditionen. Durch diese gemeinsamen Anstrengungen vermitteln griechische Schulen den Schüler:innen das Wissen und die Fähigkeiten, die sie benötigen, um sich sowohl auf lokaler als auch auf globaler Ebene als informierte und engagierte Bürger:innen zu beteiligen.

Österreich

In Österreich engagieren sich Schüler:innen in Schülerparlamenten auf Bundes- und Landesebene, nehmen am Model United Nations Vienna teil und besuchen interaktive politikbezogene Ausstellungen wie *Erlebnis Europa*. Die politische Bildung wird durch Schulpartnerschaften und die formelle Vertretung der Schüler:innen gefördert.

„Schule soll ein Ort sein, an dem demokratisches Handeln gelebt wird. ... Das setzt nachhaltiges schulpartnerschaftliches Zusammenwirken (im Rahmen der gesetzlichen Aufträge an die Organe der Schulgemeinschaft: Klassenforum, Schulforum, Schulgemeinschaftsausschuss, Schülervertretung) sowie die Mitgestaltung der Schule und des Unterrichts durch Kinder und Jugendliche voraus.“ (Grundsatzertlass 2015)

[Klicken Sie hier für weitere Informationen.](#)

Es gibt eine sehr lebendige Szene von Akteuren der Zivilgesellschaft, die in Schulen kommen, und viele Gedenkstätten, die besucht werden können (die meisten davon bieten Bildungsprogramme an). In Österreich gibt es ein sehr umfangreiches, vom Ministerium finanziertes

Workshop-Programm, das es Schulen ermöglicht, Expert:innen aus der Zivilgesellschaft zu Workshops einzuladen (235 Angebote von 77 verschiedenen Initiativen). Ziel ist es, demokratische Kompetenzen und Resilienz zu stärken: <https://oead.at/de/schule/extremismuspraevention>

[Erinnern.at](#) ist für das sogenannte „Zeitzeug:innen-Programm“ des Bildungsministeriums verantwortlich, bei dem Zeitzeug:innen des Holocaust in die Schule eingeladen werden.

Jede österreichische Schulklasse sollte eine Gedenkstätte wie Mauthausen oder Auschwitz besuchen. Es gibt zahlreiche Bildungsprogramme im österreichischen Parlament und in den Parlamenten der Bundesländer.

Niederlande

Niederländische Schulen legen den Schwerpunkt auf Medienkompetenz, Sozialkunde und praktische Projekte, um den Schüler:innen die für die Teilnahme an einer demokratischen Gesellschaft erforderlichen analytischen Fähigkeiten zu vermitteln. Über den Unterricht hinaus bieten viele niederländische Schulen außerschulische Aktivitäten wie Schülerräte, Debattierclubs und Jugendparlamente an, in denen die Schüler:innen praktische Erfahrungen mit demokratischen Entscheidungsprozessen sammeln können. Viele Schulen nehmen an den bereits erwähnten Bildungsprojekten von ProDemos teil. Besuche bei staatlichen Institutionen, die Teilnahme an Simulationen parlamentarischer Verfahren und Projekte zum bürgerschaftlichen Engagement vertiefen ihr Verständnis für demokratische Werte.

Darüber hinaus bietet die Teilnahme von Schüler:innen an europäischen Initiativen in allen europäischen Ländern eine hervorragende Gelegenheit, mit Gleichaltrigen aus verschiedenen Nationen in Kontakt zu treten und sich mit europäischen Prinzipien und Werten auseinanderzusetzen. Diese Erfahrung fördert Empathie, Toleranz und kritisches Denken. Noch wichtiger ist, dass die Schüler:innen so wichtige demokratische Fähigkeiten aktiv üben und entwickeln können, insbesondere da sie mit 16-18 Jahren das Wahlrecht erhalten.



Evaluierung von Demokratiebildung

Evaluierung von Demokratiebildung ist unerlässlich, um sicherzustellen, dass sie den Schüler:innen wirksam das Wissen, die Fähigkeiten und die Motivation vermittelt, die für eine aktive und informierte Teilnahme an der demokratischen Gesellschaft erforderlich sind, und gleichzeitig eine kontinuierliche Verbesserung der Lehrmethoden und der Lehrplanentwicklung ermöglicht.

Die Evaluierungsmethoden der Demokratiebildung variieren erheblich zwischen den einzelnen Ländern und spiegeln unterschiedliche Bildungsprioritäten und Bewertungsmethoden wider.

In Deutschland steht die Bewertung vor Herausforderungen, da sie sich eher auf Faktenwissen als auf wesentliche Fähigkeiten wie kritisches Denken und politische Partizipation konzentriert. Um dies zu verbessern, sollten alternative Methoden wie Portfolios, Präsentationen und projektbasierte Bewertungen in größerem Umfang eingesetzt werden.

Griechenland setzt eine Mischung aus quantitativen und qualitativen Methoden ein, darunter standardisierte Bewertungen, Umfragen, Unterrichtsbeobachtungen und projektbasierte Aktivitäten.

In ähnlicher Weise integriert Österreich die Demokratiebildung in standardisierte Bewertungen, einschließlich der Schulabschlussprüfungen. Die Teilnahme an internationalen Studien wie CIVED und ICCS der IEA liefert vergleichende Erkenntnisse, während der Österreichische Demokratiemonitor die Einstellung der Öffentlichkeit zur Demokratie, auch unter jungen Menschen, verfolgt.

In den Niederlanden wird die Demokratiebildung durch eine Kombination aus lehrplanbasierten Bewertungen, nationalen Umfragen und der Teilnahme an internationalen Studien wie ICCS bewertet. Die Schulen konzentrieren sich auf kompetenzbasierte Bewertungen und beziehen Diskussionen, Debatten und projektbasiertes Lernen ein, um die demokratischen Fähigkeiten der Schüler:innen zu beurteilen. Sie haben viel Spielraum bei der Festlegung ihrer eigenen Inhalte und Ansätze für die politische Bildung, solange die gesetzlichen Anforderungen erfüllt sind. Das bedeutet beispielsweise, dass eine Schule selbst entscheiden kann, wie sie die Lernziele interpretiert oder welche Werte sie vermitteln möchte, solange alle gesetzlichen Anforderungen erfüllt sind.

Die niederländische Bildungsaufsichtsbehörde überwacht die Integration der politischen Bildung in den Schulen und stellt sicher, dass sie mit den nationalen demokratischen Werten im Einklang steht. Die Aufsichtsbehörde prüft, ob die auf die Förderung der Staatsbürgerschaft ausgerichtete Bildung:

- zielgerichtet ist (gibt es konkrete Lernziele für Wissen, Einstellungen und Fähigkeiten?)
- kohärent ist (gibt es eine logische Struktur?)
- erkennbar ist (setzt die Schule die Lernziele und die Kohärenz in die Praxis um?)

Die Aufsichtsbehörde prüft auch, ob die Schulen der Förderung grundlegender Werte und der Förderung sozialer und bürgerlicher Kompetenzen Aufmerksamkeit schenken. Schließlich achtet die Aufsichtsbehörde darauf, ob das Schulklima grundlegende Werte widerspiegelt:

- Vermitteln die Lehrkräfte die Grundwerte?
- Können die Schüler:innen die Grundwerte in die Praxis umsetzen?
- Fühlen sich Schüler:innen und Lehrkräfte sicher und akzeptiert?

In ganz Europa wird Demokratiebildung durch eine Vielzahl von Ansätzen umgesetzt, die historische, kulturelle und politische Einflüsse widerspiegeln.

Trotz unterschiedlicher Methoden betonen alle Länder, wie wichtig es ist, aktives bürgerschaftliches Engagement, kritisches Denken und demokratisches Engagement unter den Schüler:innen zu fördern, um eine gut informierte und partizipative Gesellschaft zu gewährleisten.

Lehrerbildung und Ressourcen

Lehrerbildung

Der Unterricht im Bereich der Demokratiebildung erfordert aufgrund seiner besonderen Herausforderungen eine spezifische Ausbildung. Die sich schnell verändernde politische Landschaft verlangt von Pädagog:innen, dass sie über neue Themen, sich wandelnde Ideologien und die sich verändernde Dynamik demokratischer Praktiken auf dem Laufenden bleiben. Sensible Themen wie Menschenrechte,

Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit müssen mit Bedacht angegangen werden, damit sich alle Schüler:innen in Diskussionen respektiert und gehört fühlen. Darüber hinaus müssen Lehrkräfte in der Lage sein, mit den Komplexitäten unterschiedlicher politischer Ansichten im Klassenzimmer umzugehen, kritisches Denken zu fördern und gleichzeitig ein Umfeld des gegenseitigen Respekts zu schaffen. Nur eine fachspezifische Ausbildung befähigt Pädagog:innen, diese Herausforderungen effektiv zu meistern und ein ansprechendes, integratives Lernumfeld zu schaffen.

In mehreren Ländern gibt es spezielle Lehrerfortbildungsprogramme für Demokratiebildung, deren Zugänglichkeit und Verbindlichkeit jedoch variieren.

In **Deutschland** gibt es solche Programme, die Teilnahme ist jedoch in der Regel freiwillig.



Lehrkräfte können über Online-Portale oder interne Workshops auf die Fortbildungen zugreifen. Obwohl die politische Bildung Teil der Ausbildung an Hochschulen ist, sind Fortbildungsprogramme nicht verpflichtend, und niedrige Teilnahmequoten führen manchmal zur Absage von Kursen. Dennoch ist Demokratiebildung ein wesentlicher Bestandteil der Lehrkräfteausbildung in Deutschland. Lehrer:innen verpflichten sich zu Beginn ihrer Laufbahn, demokratische Normen und Werte zu wahren.

In **Italien** haben Lehrkräfte die Möglichkeit, an Schulungen zur Demokratiebildung mit Schwerpunkt auf politischer Bildung und Bürgerrechten teilzunehmen. Universitäten bieten umfangreiche Kurse zu Demokratie, Menschenrechten und aktiver Bürgerschaft an, wobei der Schwerpunkt zunehmend auf interaktiven und digitalen Formaten liegt. Auch regionale Einrichtungen spielen eine wichtige Rolle bei der Unterstützung der Schulungen.

In **Spanien** stellen nationale und regionale Initiativen Ressourcen wie Online-Lehrleitfäden und Workshops über die Zentren für pädagogische Ressourcen in Katalonien zur Verfügung. Die Fort- und Weiterbildung wird zwar gefördert, ist aber nicht verpflichtend.

Griechenland bietet einen strukturierteren Ansatz, einschließlich Schulungen, die vom Institut für Bildungspolitik (IEP), Universitäten und NGOs angeboten werden. Die vom griechischen Parlament durchgeführten Programme zielen darauf ab, das Verständnis der Lehrkräfte für demokratische Prinzipien zu vertiefen, wobei die Teilnahme jedoch freiwillig bleibt.

In **Österreich** ist eine facheinschlägige Ausbildung an Universitäten und Hochschulen implementiert. Europapolitische Bildungsaspekte sind auch in spezielle Programme wie die Jean-Monnet-Lehrkräfteausbildung an der Universität Wien integriert, deren Schwerpunkt auf EU-

Studien und Staatsbürgerschaft liegt. Diese Programme sind jedoch nicht für alle Lehrkräfte verpflichtend.

Ähnlich verhält es sich in den **Niederlanden**, wo Demokratiebildung ein fester Bestandteil der Lehrerfortbildung ist. Verschiedene Bildungseinrichtungen bieten spezielle Programme an, die sowohl Online- als auch Präsenzs Schulungen umfassen, um Lehrkräften die notwendigen Werkzeuge an die Hand zu geben, um demokratische Werte und Prinzipien in ihren Unterricht zu integrieren.

Bildungsressourcen für die Demokratiebildung

Mehrere Länder bieten eine Vielzahl von Bildungsressourcen zur Unterstützung der Demokratiebildung an.

In **Deutschland** gibt es eine starke akademische Grundlage mit zahlreichen Forschungsprojekten und speziellen Professuren. Die [Bundeszentrale für politische Bildung \(bpb\)](#) stellt eine umfangreiche Auswahl an Online-Materialien zur Verfügung, darunter Artikel, Videos und Tools wie den „Wahl-O-Mat“, mit dem Schüler:innen ihre politischen Positionen mit denen verschiedener Parteien vergleichen können.

In **Italien** fördert das [Bildungsministerium](#) bürgerschaftliches Engagement und demokratische Werte, wobei lokale Schulen mit externen Organisationen wie Vereinigungen für Legalität (Libera gegen die Mafia) oder der Katholischen Aktion zusammenarbeiten. Viele Schulen integrieren Erasmus-Projekte in ihre Lehrpläne.



Spanien stellt über die Website „[einige Ressourcen zur Verfügung](#), die Unterrichtsmaterialien zum Thema Ethik zusammenstellt, jedoch keine spezifischen Inhalte zur Demokratiebildung enthält.

In **Griechenland** konzentrieren sich die vom Bildungsministerium bereitgestellten Lehrbücher auf Demokratie und staatsbürgerliche Pflichten. Die digitale Plattform „[otodentro](#)“ bietet interaktive Tools, während Bildungsprogramme des griechischen Parlaments und von NGOs wie der Rosa-Luxemburg-Stiftung die Lehrkräfte zusätzlich unterstützen. Griechenland beteiligt sich auch an europäischen Initiativen wie Erasmus+ und der Initiative „Erziehung zur demokratischen Bürgerschaft“ des Europarates und bietet zusätzliche Ressourcen, um die Demokratiebildung in den Unterricht zu integrieren.

Österreich unterstützt Lehrkräfte durch das [Zentrum polis – Politik Lernen in der Schule](#), das Unterrichtsmaterialien und Fortbildungen anbietet. Das Zentrum ist auch für die Koordination des großen Schulnetzwerks [EUropa in der Schule](#) zuständig. Das Forum Politische Bildung gibt eine [Zeitschrift für Lehrkräfte](#) heraus. Das [Demokratiezentrum Wien](#) ist eine unabhängige wissenschaftliche Einrichtung, die sowohl in der Forschung als auch in der praktischen Bildung tätig ist.

In den **Niederlanden** fungiert SLO als nationales Kompetenzzentrum für die Lehrplanelwicklung. Es hat einen aktuellen Entwurf für Kernziele der politischen Bildung entwickelt (im Auftrag des Ministeriums für Bildung, Kultur und Wissenschaft) und bietet unter <https://www.slo.nl/thema/meer/basisvaardigheden/burgerschap/> konkrete Möglichkeiten, um mit grundlegenden Kompetenzen der politischen Bildung zu beginnen.

Das Ziel des [Kompetenzzentrums für Staatsbürgerschaft](#) ist es, angemessene Unterstützung bei der Umsetzung der Staatsbürgerkunde anzubieten. Die Unterstützung konzentriert sich auf die nachhaltige Stärkung der Staatsbürgerkunde in der Grundschulbildung, der Sekundarstufe, der beruflichen Bildung und der sekundären beruflichen Bildung mit dem Ziel, eine zielgerichtete, geplante und erkennbare Staatsbürgerkunde zu fördern, in der die Schule ein sicherer Übungsplatz ist. Die Unterstützung wird auf allen Ebenen angeboten: für Schulbehörden, Schulleitungen, Koordinatoren und Lehrkräfte. Schließlich konzentriert sich das Kompetenzzentrum darauf, Forschung, Politik und Praxis zusammenzuführen und zu verknüpfen und dies in konkrete praktische Unterstützung für Schulbehörden, Schulen und Bildungseinrichtungen umzusetzen.

Initiativen zur Stärkung der Demokratiebildung

Verschiedene Initiativen in unterschiedlichen Ländern zielen darauf ab, die Demokratiebildung zu stärken. In **Deutschland** bietet die [Bundeszentrale für politische Bildung \(bpb\)](#) Ressourcen und Programme zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements an. Andere Initiativen, wie „[Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage](#)“, konzentrieren sich auf die Bekämpfung von Rassismus und die Förderung von Toleranz in Schulen. Programme wie „[debattiert](#)“ ermutigen Schüler:innen, sich an Diskussionen über politische und soziale Themen zu beteiligen, während Model-United-Nations-Simulationen ein tieferes Verständnis der internationalen Politik vermitteln. Darüber hinaus konzentrieren sich Projekte wie „Begegnung mit der Zeitgeschichte“ und „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ auf die Vermittlung von Wissen über den Holocaust und die jüngste deutsche Geschichte. Das Europäische

Jugendparlament bindet junge Menschen zusätzlich in europäische politische Debatten ein.

In den **Niederlanden** konzentrieren sich die Bemühungen der Regierung und der Zivilgesellschaft darauf, demokratische Werte, Rechte und Pflichten durch Lehrpläne und Kooperationen mit lokalen Organisationen zu vermitteln. Das niederländische Bildungsministerium unterstützt verschiedene Programme zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und der Menschenrechte. Schulen arbeiten mit Organisationen wie dem Niederländischen Menschenrechtsrat und der Stiftung für Demokra-

tiebildung zusammen, um demokratische Prinzipien zu fördern. Darüber hinaus beteiligt sich die Niederlande aktiv an EU-Initiativen wie Erasmus+ und den Botschafter-Schulen des Europäischen Parlaments (EPAS) und bietet Schüler:innen damit die Möglichkeit, sich sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene mit Demokratiebildung auseinanderzusetzen.

In **Österreich** gibt es mehrere Schulnetzwerke, wie die European Parliament Ambassador Schools (EPAS) oder die UNESCO-Schulen, die sich auf Menschenrechte, Demokratie und Partizipation konzentrieren.

Die Komplexität der Demokratiebildung meistern

Herausforderungen

Die Demokratiebildung in Europa steht vor vielfältigen Herausforderungen, die eng mit der sich wandelnden soziopolitischen Landschaft verflochten sind. Eine große Hürde ist die zunehmende politische Polarisierung und der Extremismus. Pädagog:innen müssen einen offenen und respektvollen Dialog in Klassenzimmern fördern, in denen Schüler:innen zunehmend festgefahrene und gegensätzliche Ansichten vertreten. Diese Herausforderung wird durch die Verbreitung von Fehlinformationen und Desinformation, insbesondere im Internet, noch verschärft, da diese das Vertrauen in demokratische Institutionen und Prozesse untergraben können.

Der digitale Wandel birgt sowohl Chancen als auch Risiken für die Demokratiebildung. Digitale Tools verbessern zwar das Lernen und das Engagement, setzen die Schüler:innen aber auch schädlichen Inhalten, Cybermobbing und Fehlinformationen aus. Pädagog:innen müssen den Schüler:innen digitale Kompetenzen vermitteln, damit sie sich verantwortungsbewusst

und kritisch im Internet bewegen und gleichzeitig digitale Bürgerschaft und ethisches Online-Verhalten fördern können. Die Bewältigung dieser Herausforderungen ist entscheidend, um junge Menschen darauf vorzubereiten, informierte, engagierte und verantwortungsbewusste Bürger zu werden, die zur Vitalität demokratischer Gesellschaften beitragen.

Der Umgang mit Fragen der Identität und Vielfalt ist eine weitere wichtige Herausforderung für Lehrkräfte. Sie müssen inklusive Klassenzimmer schaffen, in denen sich Schüler:innen unterschiedlicher ethnischer, religiöser, sprachlicher, sozioökonomischer und sexueller Orientierung gesehen, geschätzt und respektiert fühlen. Dies erfordert ein differenziertes Verständnis verschiedener Identitäten, ein Bewusstsein für potenzielle Vorurteile und die Fähigkeit, einen respektvollen Dialog über Unterschiede hinweg zu



ermöglichen. Pädagog:innen müssen den Schüler:innen helfen, sich mit unterschiedlichen Perspektiven auseinanderzusetzen, Stereotypen zu hinterfragen und den Reichtum zu schätzen, den Vielfalt für die Gesellschaft mit sich bringt. Themen wie Vorurteile, Diskriminierung und historische Ungerechtigkeiten müssen auf eine Weise behandelt werden, die sowohl informativ ist als auch den sozialen Zusammenhalt fördert. Lehrkräfte müssen auch potenzielle Konflikte oder Missverständnisse, die sich aus kulturellen Unterschieden ergeben, konstruktiv und sensibel bewältigen und dabei ihre eigenen Vorurteile berücksichtigen.

Angesichts der Komplexität dieser Herausforderungen ist es offensichtlich, dass Pädagog:innen eine strukturierte, qualitativ hochwertige Ausbildung benötigen, um Demokratiebildung effektiv zu vermitteln. Ein zentrales strukturelles Problem ist jedoch das Fehlen eines obligatorischen, eigenständigen Lehrerausbildungsprogramms für Politische Bildung, wodurch viele Pädagog:innen nicht darauf vorbereitet sind, kontroverse Themen zu behandeln. Darüber hinaus erschweren veraltete Lehrmethoden und ein Mangel an interaktiven, schülerzentrierten Bildungsansätzen eine effektive Einbindung der Schüler:innen.

Demokratiebildung fehlt es oft an einem kohärenten, tiefgreifenden Ansatz, da sie in mehrere Fächer integriert ist und nicht in allen Schulen ein eigenständiges Fach ist. Sie konkurriert um Platz im Lehrplan, wobei akademische Leistungen häufig Vorrang vor zivilgesellschaftlichem Engagement haben. Außerschulische Initiativen sind oft unterfinanziert, und die Evaluierung von Demokratiebildungsprogrammen ist nach wie vor uneinheitlich. Darüber hinaus stellen begrenzte Möglichkeiten für die Beteiligung der Schüler:innen an der Schulverwaltung, Widerstand von autoritären und populistischen politischen Gruppen und eine minimale

Beteiligung der Familien weitere Herausforderungen für die Wirksamkeit der Demokratiebildung dar.

Länderspezifische Herausforderungen tragen zusätzlich zur Komplexität bei. In Spanien führen Unterschiede in den Lehrplänen der autonomen Regionen zu einer uneinheitlichen Umsetzung. Darüber hinaus besteht oft eine erhebliche Diskrepanz zwischen den theoretischen Rahmenbedingungen und der Realität der Bildungspraxis. Während offizielle Berichte und akademische Diskurse ein idealisiertes Bild von Inklusion und demokratischen Werten zeichnen, zeigen die Erfahrungen von Pädagoginnen und Pädagog:innen im formalen Bildungssystem ein komplexeres und schwierigeres Bild. Allgemeiner betrachtet tragen in ganz Europa Unterschiede bei den Ressourcen und Lehrplänen zu einer uneinheitlichen Demokratiebildung bei, wobei einige Schulen mehr Unterstützung und Schulungen erhalten als andere. Auch die politische Polarisierung beeinflusst die Wahrnehmung und Vermittlung von Demokratie. In Italien beispielsweise schränkt die Polarisierung die Fähigkeit der Lehrkräfte ein, bestimmte Themen zu diskutieren, während demokratische Praktiken außerhalb des Klassenzimmers nach wie vor unterentwickelt sind. In Spanien berufen sich politische Parteien aller ideologischen Richtungen häufig auf die Demokratie, während sie ihre Gegner als undemokratisch delegitimieren, was zu einer semantischen Aushöhlung des Begriffs führt. Die relativ junge Demokratie Spaniens, die nach der Franco-Diktatur mit der Verfassung von 1978 konsolidiert wurde, befindet sich weiterhin im Reifeprozess, wobei das historische Gedächtnis, die politischen Narrative und die Entwicklung einer starken demokratischen Kultur noch im Fluss sind.

Kontroversen

Debatten und Kontroversen rund um die Demokratiebildung sind in den europäischen Ländern weit verbreitet und spiegeln oft breitere gesellschaftliche und politische Spannungen wider. Diese Diskussionen drehen sich um mehrere zentrale Themen, darunter die Rolle von Politiker:innen in Schulen, das Gleichgewicht zwischen ideologischer Neutralität und demokratischen Werten in den Lehrplänen, der Grad der Beteiligung von Schüler:innen an Entscheidungsprozessen und der Einfluss externer Akteure wie NGOs.

Eine der umstrittensten Fragen ist, ob Politiker:innen Schulen besuchen sollten.

In **Deutschland** hat dies zu erheblichen Kontroversen geführt, insbesondere im Hinblick auf Besuche von Politiker:innen der extremen Rechten, wie beispielsweise der AfD. Im Jahr 2018 besuchte Jörg Urban, ein Politiker der AfD, eine Schule in Sachsen, was zu heftigen Reaktionen führte, da befürchtet wurde, dass die Partei diese Plattform eher für Propaganda als für eine offene politische Diskussion nutzen würde. Kritiker argumentierten, dass angesichts der nationalistischen und einwanderungsfeindlichen Haltung der AfD die Zulassung ihrer Vertreter:innen in Klassenzimmern die Gefahr berge, Schüler:innen extremen Ideologien auszusetzen. Während Politiker:innen aller großen Parteien Schulbesuche durchführen, steht die Beteiligung der AfD aufgrund ihrer polarisierenden Rhetorik besonders im Fokus der Kritik, was zu einer breiteren Debatte über die Grenzen des Engagements von Politikern im Bildungsbereich geführt hat. Diese Bedenken sind besonders ausgeprägt in Ostdeutschland, wo die politische Geschichte der Region und die

starke Präsenz der AfD die Diskussionen über Demokratie erschweren.

Gleichzeitig sind Schulbesuche von Politiker:innen und Schulbesuche in Parlamenten – einschließlich Diskussionen mit gewählten Vertreter:innen – in ganz Europa üblich. In **Italien**, **Griechenland** und den **Niederlanden** gibt es ähnliche Debatten darüber, ob solche Engagements das demokratische Lernen fördern oder politische Voreingenommenheit einführen.



Österreich verfolgt tendenziell einen offeneren Ansatz. Die allgemeine Haltung ist, dass Schüler:innen nicht überfordert werden sollten und dass eine ausgewogene Darstellung unterschiedlicher Meinungen gewährleistet sein muss. Einblicke in die politische Praxis und Begegnungen im realen Leben sollten den Unterricht ergänzen und sind wünschenswert:

„Eine besondere Rolle kommt bei der Umsetzung Politischer Bildung der Begegnung mit Personen und Institutionen des Politischen (Politik, Interessensvertretungen, NGOs, Bürgerinitiativen, Medien, etc.) zu. Die Einbeziehung externer Akteure/Akteurinnen bzw. Anbieterinnen und Anbieter Politischer Bildung hat einen wichtigen Mehrwert, da Schule kein abgeschlossener, sondern immer in ein konkretes gesellschaftliches Umfeld eingebetteter Bereich ist.“ (Grundsatzpapier Politische Bildung 2015)

Eine weitere wiederkehrende Debatte dreht sich um die Inhalte und Ansätze der Demokratiebildung.

Die längste und hartnäckigste Debatte über die politische Bildung in Österreich dreht sich beispielsweise darum, ob das Fach in allen Schultypen zu einem eigenständigen Fach werden soll. Wissenschaftler haben stichhaltige Argumente dafür, während die Verwaltung Probleme darin sieht, ein zusätzliches Fach und damit mehr Stunden im Lehrplan zu verankern. Die Debatte hat neuen Schwung erhalten, da das Programm der neuen Regierung für 2025 ein neues Fach, die Demokratiebildung, angekündigt hat.

Einige befürworten einen vorwiegend theoretischen Lehrplan, der Verfassungsgrundsätze und historische Entwicklungen in den Vordergrund stellt, während andere einen eher praktischen Ansatz mit Debatten, Aktivismus und Medienkompetenz bevorzugen. In **Italien** gibt es zahlreiche Debatten zu diesem Thema. Im Mittelpunkt der Diskussion steht insbesondere die Frage, ob Aktivismus und kritisches Denken gefördert werden sollten: Für die einen ist dies für die Stärkung der Demokratie unerlässlich, während es für die anderen besser wäre, dies zu vermeiden, da es die jüngeren Generationen politisch beeinflussen könnte. In **Deutschland** konzentrieren sich die Lehrplandiskussionen oft auf sensible Themen wie Einwanderung, europäische Integration und das Erbe der Deutschen Demokratischen Republik (DDR). Die Art und Weise, wie diese Themen unterrichtet werden, kann umstritten sein: Einige fordern eine ausgewogenere Darstellung unterschiedlicher Perspektiven, während andere die Notwendigkeit betonen, demokratische Werte zu stärken. So bleibt beispielsweise die Frage, wie Migration dargestellt wird – als

Chance oder als Herausforderung – ein umstrittenes Thema. In **Spanien** wird diese Debatte durch regionale Unterschiede weiter verkompliziert, insbesondere in Katalonien nach dem vom spanischen Staat nicht genehmigten Referendum über die Selbstbestimmung im Jahr 2017. Dies löste eine der tiefsten politischen Krisen in der jüngeren Geschichte des Landes aus, da beide Seiten sich gegenseitig vorwarfen, undemokratisch zu sein (). Dieser Kontext hat die Debatte über das Bildungsmodell beeinflusst. Die Spannungen zwischen der Zentralregierung und der Generalitat von Katalonien haben sich auf wichtige Aspekte des Schulsystems ausgewirkt, wie z. B. das Sprachimmersionsmodell, die Vermittlung demokratischer Werte und die Beteiligung der Bildungsgemeinschaft an Entscheidungsprozessen.

Im Allgemeinen spiegeln diese Debatten breitere ideologische Spannungen innerhalb der Gesellschaft darüber wider, wie Geschichte unterrichtet und wie aktuelle politische Themen im Unterricht behandelt werden sollten.

Ein weiterer Streitpunkt ist der Grad der Beteiligung der Schüler:innen an schulischen Entscheidungen.

Während einige Bildungsexperten eine stärkere Einbeziehung der Schüler:innen befürworten, beispielsweise durch Schülerräte, stellen andere in Frage, ob solche Initiativen einen echten Einfluss haben oder lediglich symbolischen Charakter haben. Diese Debatte trifft den Kern des Demokratieunterrichts: Geht es in erster Linie um die Vermittlung von Wissen oder sollte er aktiv die Beteiligung und das bürgerschaftliche Engagement fördern? Diese Frage ist besonders relevant in Ostdeutschland, wo historische Erfahrungen mit begrenzter demokratischer Beteiligung die Einstellung

zur Beteiligung von Schüler:innen an der Regierungsführung prägen können.

Die Rolle von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in der Demokratiebildung ist ebenfalls nach wie vor umstritten, insbesondere hinsichtlich der politischen Neutralität.

NGOs bringen zwar wertvolles Fachwissen und Ressourcen mit, ihre Beteiligung wirft jedoch Fragen hinsichtlich einer möglichen Voreingenommenheit auf. So könnte beispielsweise eine NGO, die sich auf Umweltaktivismus konzentriert, bestimmte Perspektiven zum Klimawandel betonen, die manche für einen neutralen Bildungsrahmen als zu advokativ empfinden. Schulen müssen diese Bedenken sorgfältig abwägen, um sicherzustellen, dass externe Beiträge mit den Bildungszielen in Einklang stehen und gleichzeitig ein ausgewogener Ansatz gewahrt bleibt.

Angesichts der zunehmenden Verbreitung von Fehl- und Desinformation wächst der Druck auf Schulen, Medienkompetenz als Teil der Demokratiebildung zu stärken.

Dazu gehört die Entwicklung der kritischen Denkfähigkeiten der Schüler:innen, um Quellen zu bewerten, Voreingenommenheit zu erkennen und die Auswirkungen von Social-Me-

dia-Algorithmen zu verstehen. Die Balance zwischen Neutralität und aktivem Engagement bleibt jedoch eine Herausforderung. Wie können Schulen Schüler:innen dazu befähigen, Informationen kritisch zu analysieren und sich an fundierten Debatten zu beteiligen, ohne eine bestimmte politische Agenda zu fördern? Diese Frage ist besonders relevant in Ostdeutschland, wo die Sorge um die Anfälligkeit für Fehlinformationen und extremistische Narrative nach wie vor besteht. Ähnliche Bedenken sind auch in anderen Ländern aufgekommen, wie wissenschaftliche und öffentliche Debatten über die Anfälligkeit junger Menschen für autoritäre Ansichten zeigen.

Weiterlesen: Foa, R. S., & Mounk, Y. (2019). *Youth and the populist wave: Are young people more authoritarian than their parents?* Journal of Democracy, 30(3), 5–19. https://www.researchgate.net/publication/336898633_Youth_and_the_Populist_Wave.

Diese Debatten veranschaulichen die Komplexität der Demokratiebildung in Europa. Zwar besteht ein breiter Konsens über ihre Bedeutung, doch prägen Unterschiede im historischen Kontext, im politischen Klima und in den gesellschaftlichen Einstellungen die Art und Weise, wie sie umgesetzt wird, und die Herausforderungen, denen sie gegenübersteht. Die Balance zwischen ideologischer Neutralität, aktiver Beteiligung und der Förderung demokratischer Werte zu finden, bleibt eine ständige Herausforderung für Pädagog:innen sowie für politische Entscheidungsträger:innen.

Fazit

Die vergleichende Analyse der Demokratiebildung in Deutschland, Italien, Spanien, Griechenland, Österreich und den Niederlanden zeigt, dass alle sechs Länder sich über ihre Bedeutung einig sind. Trotz dieses Konsenses ist Demokratiebildung selten ein eigenständiges Fach, sondern wird in verschiedene Disziplinen integriert. Dieser Ansatz gewährleistet zwar eine breite Präsenz, bringt aber auch erhebliche Herausforderungen bei der praktischen Umsetzung mit sich, darunter Uneinheitlichkeiten in Bezug auf Tiefe, Kohärenz und Priorisierung innerhalb der Lehrpläne.

Über die strukturellen Herausforderungen hinaus steht die Demokratiebildung in diesen Ländern auch vor Schwierigkeiten in Bezug auf die Vorbereitung der Lehrkräfte, die Zuweisung von Ressourcen und die Notwendigkeit, kritisches Denken und aktive Beteiligung zu fördern. Um diese Probleme anzugehen, sind größere Investitionen in Lehrkräfteaus- und fortbildungsprogramme erforderlich, die Pädagog:innen mit den Fähigkeiten und dem Selbstvertrauen ausstatten, komplexe und manchmal sensible Themen zu behandeln. Darüber hinaus kann die Gewährleistung angemessener Ressourcen und die Einführung interaktiver, schülerzentrierter Ansätze die Wirksamkeit der Demokratiebildung verbessern.

In einer Zeit zunehmender politischer Polarisierung, Fehlinformationen und gesellschaftlicher Herausforderungen ist die Stärkung der Demokratiebildung wichtiger denn je. Durch die Priorisierung systematischer Verbesserungen in den Bereichen Ausbildung, Ressourcen und pädagogische Ansätze können Bildungssysteme junge Menschen besser darauf vorbereiten, sich sinnvoll in demokratische Prozesse einzubringen und zur Widerstandsfähigkeit demokratischer Gesellschaften beizutragen.

Impressum

Diese Publikation entstand im Rahmen des Erasmus+-Projekts **VAL-YOU – Förderung europäischer Werte und Resilienz in der Schulbildung** (Projektnummer: 2024-1-DE03-KA220-SCH-000253176).

Forschung und Länderbeiträge:



Wisamar Bildungsgesellschaft gemeinnützige GmbH
Dr. Carl Hermann Gymnasium Schönebeck
Christian-Gottfried-Ehrenberg-Gymnasium Delitzsch



Wiener Forum für Demokratie und Menschenrechte / Zentrum *polis*



Direktion für Sekundarschulbildung von Lassithi



Universität Tilburg



Open Europe



Polygonal

Redaktion & Layout

Wisamar Bildungsgesellschaft gemeinnützige GmbH

Haftungsausschluss



Kofinanziert von der
Europäischen Union

Finanziert durch die Europäische Union. Die geäußerten Ansichten und Meinungen sind jedoch ausschließlich die der Autoren und spiegeln nicht unbedingt die der Europäischen Union oder der Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur (EACEA) wider. Weder die Europäische Union noch die EACEA können dafür verantwortlich gemacht werden.



Dieses Werk ist unter einer Creative Commons Namensnennung - Nicht kommerziell - Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz (CC BY-SA 4.0) lizenziert.

Eine Kopie dieser Lizenz finden Sie unter:

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.en>